

Befragung in Brandenburg

im Auftrag der BVB / Freien Wähler

September 2024

The logo for INSA CONSULTERE features the word "INSA" in a large, bold, red sans-serif font, with the word "CONSULERE" in a smaller, bold, blue sans-serif font directly below it. To the left of the text is a solid blue vertical bar. The logo is positioned on the left side of a horizontal bar that is divided into a red upper section and a blue lower section.

INSA
CONSULERE

Feldzeit:

09.09. – 16.09.2024

Methodik:

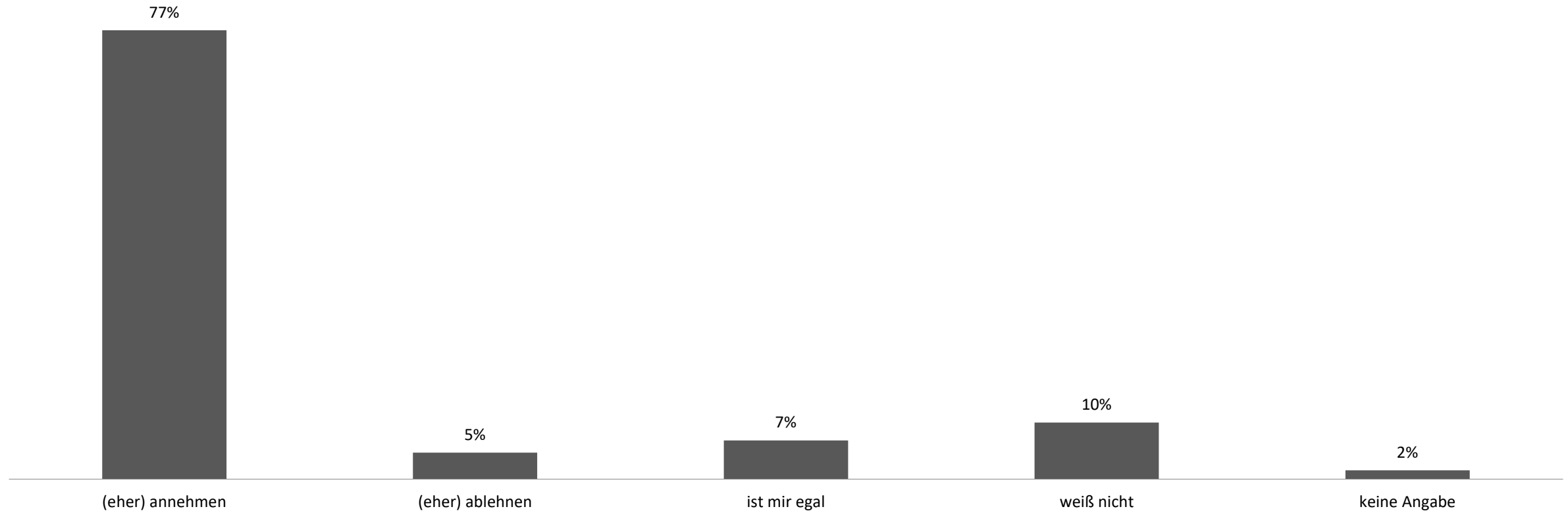
Die Umfrage wurde als Online-Befragung durchgeführt. Die Umfrage ist gestützt auf der permanenten Telefon-Befragung *INSA-Perpetua Demoscopia*.

Stichprobe:

1.000 Personen aus Brandenburg ab 16 Jahren nahmen an der Befragung teil.

Derzeit gibt es in Brandenburg eine Volksinitiative mit dem Titel „Gesundheit ist keine Ware: Krankenhäuser und Praxen retten“. Die Kernforderungen der Volksinitiative sind die Schaffung eines Krankenhaus-Rettungsfonds, eine Verdopplung der Stipendien für Landärzte, die Übernahme der Ausbildungskosten zur Praxisschwester (nichtärztliche Praxisassistenten) sowie die Gewährung von Ko-Fördermitteln durch das Land bei der Übernahme/Neugründung von Praxen.

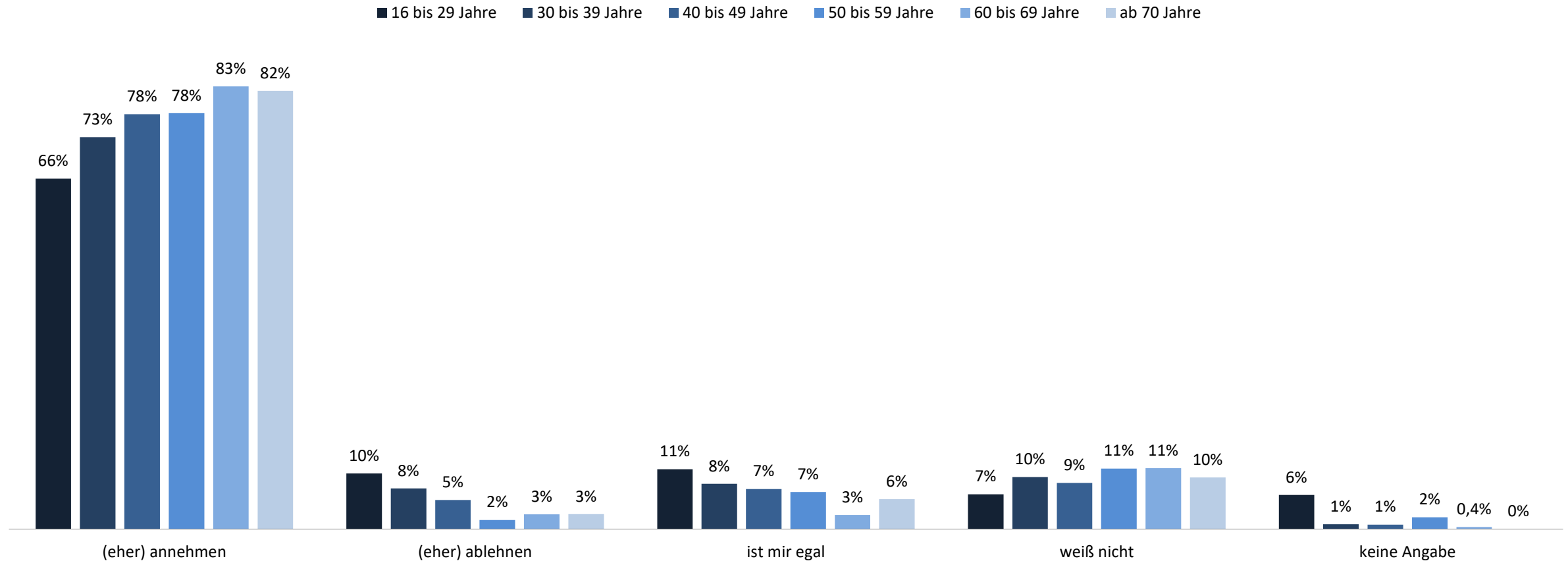
Sollte der Brandenburger Landtag Ihrer Ansicht nach dies Volksinitiative „Gesundheit ist keine Ware: Krankenhäuser und Praxen retten“ eher annehmen oder ablehnen?



Über drei Viertel aller befragten Brandenburger (77 %) sprechen sich für eine Annahme der Volksinitiative „Gesundheit ist keine Ware: Krankenhäuser und Praxen retten“ aus. Lediglich fünf Prozent sind für ein Ablehnen dieses Anliegens, sieben Prozent ist es egal und zwölf Prozent (kumuliert) können oder wollen dazu keine Einschätzung kundtun.

Derzeit gibt es in Brandenburg eine Volksinitiative mit dem Titel „Gesundheit ist keine Ware: Krankenhäuser und Praxen retten“. Die Kernforderungen der Volksinitiative sind die Schaffung eines Krankenhaus-Rettungsfonds, eine Verdopplung der Stipendien für Landärzte, die Übernahme der Ausbildungskosten zur Praxisschwester (nichtärztliche Praxisassistenten) sowie die Gewährung von Ko-Fördermitteln durch das Land bei der Übernahme/Neugründung von Praxen.

Sollte der Brandenburger Landtag Ihrer Ansicht nach dies Volksinitiative „Gesundheit ist keine Ware: Krankenhäuser und Praxen retten“ eher annehmen oder ablehnen?

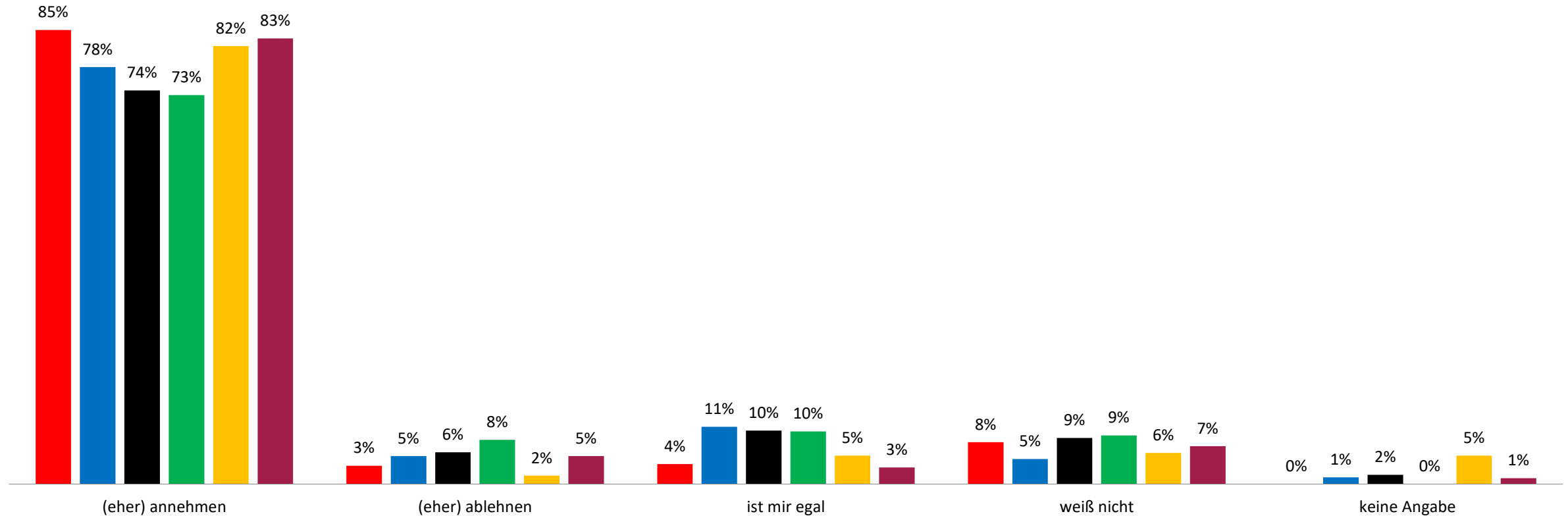


Auch wenn in allen Altersgruppen die Zustimmung zu dieser Volksinitiative mehrheitlich deutlich überwiegt, steigt dieser Anteil mit dem Alter tendenziell nochmal deutlich an: von 66 Prozent bei den jüngsten (16 bis 29 Jahre) bis auf 83 bzw. 82 % bei den ab 60-Jährigen. Entsprechend gegenläufig ist dieser Alterstrend bei jenen, welche diese Initiative ablehnen (von 10 auf 2 bzw. 3 %) und denen, welchen diese egal ist (von 11 auf 3 bzw. 6 %).

Derzeit gibt es in Brandenburg eine Volksinitiative mit dem Titel „Gesundheit ist keine Ware: Krankenhäuser und Praxen retten“. Die Kernforderungen der Volksinitiative sind die Schaffung eines Krankenhaus-Rettungsfonds, eine Verdopplung der Stipendien für Landärzte, die Übernahme der Ausbildungskosten zur Praxisschwester (nichtärztliche Praxisassistenten) sowie die Gewährung von Ko-Fördermitteln durch das Land bei der Übernahme/Neugründung von Praxen.

Sollte der Brandenburger Landtag Ihrer Ansicht nach dies Volksinitiative „Gesundheit ist keine Ware: Krankenhäuser und Praxen retten“ eher annehmen oder ablehnen?

■ SPD ■ AfD ■ CDU ■ Die Grünen ■ BVB / Freie Wähler ■ BSW



Auch alle Wählergruppen plädieren absolut-mehrheitlich für eine Annahme dieser Volksinitiative: Wähler der Grünen (73 %) und der CDU (74 %) allerdings etwas seltener als diejenigen der AfD (78 %) bzw. der restlichen drei Wählergruppen (82 – 85 %).

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

INSA-CONSULERE GmbH

Arndtstraße 1

99096 Erfurt

Tel.: 0361 380 395 70

Fax: 0361 644 311 1

Hinweise zu den Grafiken:

Auf Grund der Verwendung von gerundeten Zahlenangaben kann die Summe der Prozentzahlen unter Umständen geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Im Falle von Mehrfachantworten kann die Summe der Prozentzahlen erheblich von 100 Prozent abweichen.